

Sächsische Volkszeitung

Wochensatzlich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Wochensatzlich: 1 M. 50 Pf. (ohne Beleggeld). Bei
mehrerer Abnahme 10 Pf. ermäßigt. Einzelnummer 10 Pf.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Informationswesen die Agrar- u. Viehzucht, die
15 Pf. bezieht, bei der Bestellung beizubehalten.
Wochensatzlich: 1 M. 50 Pf. (ohne Beleggeld). Bei
mehrerer Abnahme 10 Pf. ermäßigt. Einzelnummer 10 Pf.

S. Die Hausindustrie in Deutschland.

„Es muß unbedingt etwas geschehen, so wie bisher kann es nicht weitergehen.“ Das ist der Ruf, der augenblicklich in der Frage der Hausindustrie mit seltener Einstimmigkeit die soziale Welt Deutschlands durchdringt. Mag die deutsche Heimarbeit erst später zum Bewußtsein gekommen sein, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch jetzt noch in der breiten Öffentlichkeit die Auffassung von der Heimarbeit als einer idyllischen Betriebsform, in der sich die Arbeit in der Familie, um den häuslichen Herd abspielt, vielfach noch vorhanden ist. Erklärlich ist die Stellung der Wissenschaft jedoch, wenn man ermüdet, daß das dringende Problem der Industrie die Kreise der letzteren allein schon voll auf beschäftigt.

Aber wie nun helfen? Vor allem gilt es, mehr als das bisher geschehen ist und auch geschehen konnte, die öffentliche Meinung für das schwierige Problem der Regelung der Heimarbeit zu interessieren, sie für eine solche zu gewinnen durch Vorträge, durch die Presse usw. In letzterer Beziehung werden auch wir uns durch aufklärende Artikel mehr wie bisher in den Dienst der Sache der Heimarbeit stellen. Sodann aber sind die Anfänge, die wir bereits in den bestehenden Heimarbeitorganisationen haben, vor allem in dem christlichen Gewerksverein der Heimarbeitern, weiter fortzuentwickeln, so daß diese eine Macht bilden, die kraft ihres eigenen Schwergewichtes auf eine mögliche Lösung der Heimarbeitfrage hindrängt. Organisierte Selbsthilfe und öffentliche Meinung werden dann schon von selbst dafür sorgen, daß auch der Staat an die gesetzgeberischen Pflichten herantritt, die seiner auf dem Gebiete der Heimarbeiterschutzgesetzgebung — keine Anläge sind ja schon vorhanden — harren, so namentlich auf dem Gebiete des Versicherungsrechts, des Wohnungsrechts, der Tarifverträge, der Lohnfrage, des Gesundheitswesens usw. An Beispielen ist ja in dieser Beziehung die Gesetzgebung nicht arm. Die Pflicht wird für den Staat um so gebieterischer, als jede Maßnahme, die auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik für die Industrie getroffen wird und weitergetroffen werden muß, auf die Heimarbeit leicht ungünstig zurückwirkt. Unter diesen Gesichtspunkten, eventuell in der Erwägung, ob in solchen Fällen nicht besondere Abwehrmaßnahmen für die Hausindustrie zu treffen sind, muß jeder allgemeine sozialpolitische Akt in Zukunft geprüft werden.

Den Gründen sozialpolitischer und humanitärer Art nicht für eine Reform der Hausindustrie gewinnen können, der möge sich wenigstens von solchen nationaler Art leiten lassen. Wie die Anfänge staatlicher Sozialgesetzgebung vor etwa 70 Jahren der Sorge um die Erhaltung einer wehrfähigen Jugend beim Beginn des Industrialismus entsprangen, so möge auch die Rücksicht auf die durch Heimarbeit mehr als durch Industriearbeit bedrohte militärische Brauchbarkeit und Lückigkeit der heutigen Jugend zu einer Beschäftigung mit dem Problem der Hausindustrie beitragen.

Aber nicht allein für die Heimarbeit selbst bedeutet die Heimarbeit schwere gesundheitliche Gefahren. Auch den Konsumenten der in der Heimarbeit hergestellten Artikel treffen diese Gefahren, so weit diese Artikel hauptsächlich der Nahrungs- und Genussmittelbranche angehören. Während für die Bearbeitung solcher Dinge in der Industrie im Interesse der Konsumenten gewisse Schutzvorschriften erlassen worden sind, auf deren Einhaltung gewissenhafte Arbeitgeber besonderen Wert legen, trifft dies für die Heimarbeit in keiner Weise zu.

Und weshalb konnte es denn bisher auf dem Gebiete der Heimarbeit so gehen? Einmal hängt dies zusammen mit der historischen Entwicklung. Soweit die Hausindustrie in Deutschland schon vor Jahrhunderten aus dem bäuerlichen Hausfließ als gewinnbringender Nebenbeschäftigung entstanden ist, ist sie sich geblieben in den weniger beachteten Gebirgsgegenden, am Ende langgestreckter Täler, Gegenden, in die das Interesse der Öffentlichkeit nur spärlich hineindringt. Und wo die Hausindustrie etwa aus dem Handwerk infolge des sich entwickelnden Verkehrs und vermehrter Arbeitsteilung hervorbringt oder sich als Rückentwicklung aus der Fabrik präsentiert, da sind es die entlegenen Höfe, die Hintergebäude in unseren Großstädten, Schlupfwinkel, in die die Heimarbeit sich zurückgezogen hat, aus denen keine Laute in die große Öffentlichkeit hinausdringen.

Dazu kommt der Mangel an fast jeglicher Organisation unter den Heimarbeitern. Während der zentralisierte Großbetrieb, die Fabrik, gewissermaßen gewachsener Boden ist für die gewerkschaftliche Organisation, die das soziale Bewußtsein der Öffentlichkeit stärkt und eigene starke Agitationskraft entfaltet, da er die Arbeiter mit ihren Sorgen und Wünschen tagtäglich zusammenbringt, bewirkt der dezentralisierte Großbetrieb, wie Sombart einmal die Heimarbeit genannt hat, das gerade Gegenteil. Erbarmungslos ist der Heimarbeiter seinem Verleger bzw. dessen Faktor überlassen. Und wie der Gedanke gewerkschaftlicher Organisation ferner nur platzgreifen kann unter einem Kon auf einer gewissen Höhe der Lebenshaltung und Geistesbildung stehenden Arbeiterschaft, so fallen bei dem für wenig Geld und unter langer Arbeitszeit schaffenden tiefer stehenden Heimarbeiter diese natürlichen Vorbedingungen fort.

Vor allem aber konnte es so weit kommen, weil die große Öffentlichkeit, jener mächtige Propeller auf dem Gebiete jeglicher Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik, bis in die neueste Zeit hinein verjagt hat. Daraus kann man aber der Öffentlichkeit um so weniger einen Vorwurf

machen, als selbst die Wissenschaft, zu deren Forschungsgebiet eben das Wirtschaftsleben und damit auch die Hausindustrie gehört, die Nationalökonomie, eigentlich sich erst in den beiden letzten Jahrzehnten eine einigermaßen feststehende Meinung über letztere gebildet hat. Wenn selbst sie lange Zeit in der Heimarbeit eine man möchte sagen idyllische Betriebsform erblickt hat, ihr die die angeblichen Vorteile weit überwiegenden tiefgehenden Schäden der Heimarbeit erst später zum Bewußtsein gekommen sind, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch jetzt noch in der breiten Öffentlichkeit die Auffassung von der Heimarbeit als einer idyllischen Betriebsform, in der sich die Arbeit in der Familie, um den häuslichen Herd abspielt, vielfach noch vorhanden ist. Erklärlich ist die Stellung der Wissenschaft jedoch, wenn man ermüdet, daß das dringende Problem der Industrie die Kreise der letzteren allein schon voll auf beschäftigt.

Aber wie nun helfen? Vor allem gilt es, mehr als das bisher geschehen ist und auch geschehen konnte, die öffentliche Meinung für das schwierige Problem der Regelung der Heimarbeit zu interessieren, sie für eine solche zu gewinnen durch Vorträge, durch die Presse usw. In letzterer Beziehung werden auch wir uns durch aufklärende Artikel mehr wie bisher in den Dienst der Sache der Heimarbeit stellen. Sodann aber sind die Anfänge, die wir bereits in den bestehenden Heimarbeitorganisationen haben, vor allem in dem christlichen Gewerksverein der Heimarbeitern, weiter fortzuentwickeln, so daß diese eine Macht bilden, die kraft ihres eigenen Schwergewichtes auf eine mögliche Lösung der Heimarbeitfrage hindrängt. Organisierte Selbsthilfe und öffentliche Meinung werden dann schon von selbst dafür sorgen, daß auch der Staat an die gesetzgeberischen Pflichten herantritt, die seiner auf dem Gebiete der Heimarbeiterschutzgesetzgebung — keine Anläge sind ja schon vorhanden — harren, so namentlich auf dem Gebiete des Versicherungsrechts, des Wohnungsrechts, der Tarifverträge, der Lohnfrage, des Gesundheitswesens usw. An Beispielen ist ja in dieser Beziehung die Gesetzgebung nicht arm. Die Pflicht wird für den Staat um so gebieterischer, als jede Maßnahme, die auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik für die Industrie getroffen wird und weitergetroffen werden muß, auf die Heimarbeit leicht ungünstig zurückwirkt. Unter diesen Gesichtspunkten, eventuell in der Erwägung, ob in solchen Fällen nicht besondere Abwehrmaßnahmen für die Hausindustrie zu treffen sind, muß jeder allgemeine sozialpolitische Akt in Zukunft geprüft werden.

Den Gründen sozialpolitischer und humanitärer Art nicht für eine Reform der Hausindustrie gewinnen können, der möge sich wenigstens von solchen nationaler Art leiten lassen. Wie die Anfänge staatlicher Sozialgesetzgebung vor etwa 70 Jahren der Sorge um die Erhaltung einer wehrfähigen Jugend beim Beginn des Industrialismus entsprangen, so möge auch die Rücksicht auf die durch Heimarbeit mehr als durch Industriearbeit bedrohte militärische Brauchbarkeit und Lückigkeit der heutigen Jugend zu einer Beschäftigung mit dem Problem der Hausindustrie beitragen.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 41. Sitzung am 12. Februar 1906.
Die sozialpolitische Debatte beim Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Arbeiterversicherung sei nur eine Art Armenfürsorge; das beweise am besten ihre Unzulänglichkeit. Die Leistungen der Unternehmer seien ganz niedrig. (Zurufe!) Er wolle nicht auf alle Zwischenrufe eingehen. (Präsident Graf v. Helldorf: Tun Sie dies auch nicht; Sie haben nur Ihre Rede zu halten und damit basta.) (Große Heiterkeit.) Unter System geht dahin, daß der Arbeiter nicht ewig gelot bleiben soll. Die Verdreher gegen die Arbeiter findet man in Preußen ebensowenig wie andere Wörter. Dabei bleibt das Einkommen der Arbeiter immer sehr niedrig; die Riesenvermögen wachsen ständig. Schließlich müsse die bestehende Gesellschaft in sich selbst zusammenbrechen. (Beifall links.) Abg. Fr. W. v. Cramer (natl.): Als Knabe und Jüngling habe ich sehr schwer gearbeitet, auch körperlich, das sage ich den Herren links. Früher war man nicht so gleich mit der Ueberbildung bei der Hand wie heute. Wenn ich auch nie in einem Hüttenwerke arbeitete, so halte ich doch oft 16 Stunden Arbeitstag. Die Verhältnisse in der schweren Eisenindustrie seien nicht so, wie der Abg. Qu. es schilderte. An den Erfolgen unserer Industrie seien neben den Arbeitern doch auch diejenigen die Leiter der Werke und ihre technischen Angestellten die Ursache. (Sehr richtig!) Wohlstandliche Schichten haben nicht ununterbrochen 2 Stunden Pause treten immer ein. Redner bringt eine ganze Anzahl von Fällen vor, in welchen der Abg. Qu. eine Reihe von Unrichtigkeiten behauptet hat. Der Maximalarbeitstag würde vielen tüchtigen Arbeitern des Vorkommens erleichtern, fast unmöglich machen. Die Tarifverträge lassen sich nicht überall durchführen; im Bauhandwerk geht es, in anderen nicht, z. B. nicht in der Großindustrie, wo 80-90 Arbeiterkategorien vorhanden sind. Hier kann der geschickte Arbeiter nicht so entlohnt werden, wie der geschickte, sonst geht unsere Industrie auf dem Weltmarkt zurück. Das können wir nicht machen, sonst geht die Produktion zurück. (Tr. S. 10 d. l. u. m. nach an Blech?) Wenn hier im Reichstoge Blech fabriziert wird, liefert die Sozialdemokratie am meisten. (Sittliche Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist der größte Fluch für unsere Arbeiterwelt. (Beifall rechts.) — Direktor Casper: Dem Staatssekretär ist es nie in den Sinn gekommen, die Verdienste der Techniker um den Fortschritt unserer Industrie nicht anzuerkennen. — Abg. Stöcker (W. Ver.): Es ist nicht richtig, daß unsere Arbeiterversicherung nur eine verbesserte Armenpflege ist; erstere gibt einen Rechtsanspruch. Die Erfahrungen der Gewerkschaften und praktischen-christlichen Ermahnungen führten zu den Arbeiterausgehenden. Ohne die Arbeiterversicherung würde es heute viel schlimmer stehen. Zwischen den arbeitenden Klassen und der Sozialdemokratie sollte man stets klar unterscheiden; beide haben nichts miteinander zu tun. Die Sozialdemokratie anerkennt die Leistungen der Arbeitgeber nie; sie hegt immer nur

auf Unzufriedenheit will sie haben. Am 21. Januar sind die Genossen scharf zurückgewichen; einige Tage vorher war es anders. So sind z. B. in Berlin bei einem Massenmärsch allein 30 Revolver gekauft worden, gewiß nicht zum Fliegenschießen. (Heiterkeit.) Aber die Sozialdemokratie hat nicht den Mut, ihre Waffen in Tot umzuwerfen! In Rußland hat sich nur der nichtzulässige Epigraphenkommissar breit gemacht und der „Reichswehr“ verteidigt noch diesen. Aber trotzdem müssen wir auf der Bahn der Sozialpolitik vorwärts marschieren. Ich halte es für ein Unglück, daß die Rechte hier im Hause nicht mehr mitmischen. Deshalb müssen die Arbeiter sich zusammenschließen in erster Linie die Heimarbeitern. Für diese ist die Regalierung nicht und Mindestlohn geboten. Die Forderung, der Sozialdemokratie Herr zu werden, liegt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Letztere muß immer mehr erstarken und sich kräftigen. Der Blick auf Ausland beweist dies klar; die Sozialdemokraten haben die russischen Arbeiter verführt. (Sehr richtig!) Was Verstand und Gewissen hat, muß die Sozialdemokratie verlassen und sich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung anschließen. Wer sich um die Arbeiter annimmt, gräbt der Sozialdemokratie ein weißes Grab. Man muß zu den Arbeitern mehr Vertrauen haben. Die Arbeiterwünsche müssen rascher erfüllt werden; Arbeiterkommissionen sind untauglich hold zu geben. Der Widerspruch gegen die christlichen Gewerkschaften ist aus den Kreisen der Hierarchie verschunden, im Zentrum ist kein einziger Anhänger der fatalen Forderungen, so ist es mir versichert worden. (Sehr richtig!) Welcher Streit aber herrscht in der Sozialdemokratie? Kein einziger Mensch kann die Grundzüge der Sozialdemokratie bilingen! Ich habe für diese Grundzüge nur das und zwar aus Liebe zum Vaterland und zur Kirche (Beifall). Die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse bekämpft stets die Metalle, was Redner durch viele Zitate beweist. Was von der Sozialdemokratie herkommt, sind die fälschlichen und religiösen Ideen. Aber gerade deshalb gilt es bei uns nur Kampf bis zum äußersten. (Beifall rechts.) — Abg. v. P. v. St. (Zentr.): Wir können im Interesse der Zeit nicht alle Unrichtigkeiten der sozialdemokratischen Redner zurückweisen, aber eine muß ich zurückweisen, es betrifft ein Vorkommen in Regensburg. Der Bischof in Regensburg hat in den Streit mit den Arbeitern der Bischofsklostermauer nicht eingegriffen. (Beif.) Der Bischof von Regensburg hat eigene erklären lassen, daß er die Koalitionsfreiheit anerkenne. (Beif.) Trödeln greift ihn der Abg. Sachse an; ich finde nicht den parlamentarischen Ausdruck, um ein solches Verhalten zu charakterisieren. (Beifall im Zentrum.) — Abg. v. C. (Soz.): Die Mittelstandfrage ist nun sehr zurückgetreten, es gibt keinen selbständigen Mittelstand. Die Konsumvereine wirken in der Tat sehr gut. Für den Arbeiter bringen sie große Vorteile. Das Gewerkschaftswesen wird sich noch weit mehr entwickeln zum Wohle der Arbeiter. Das Haus verlag die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß in späterer Abendstunde.

Politische Rundschau.

Dresden, den 13. Februar 1906.

Der preussische Vergarbeitsdenktag am 12. d. M. einen Beschlußantrag an, der befaßt, der Vergarbeitsdenktag halte daran fest, daß ein Reichsberggesetz geschaffen werden müsse, damit neben der Regelung bergrechtlicher Fragen für die Vergarbeiter im ganzen Reich ein genügender Schutz geschaffen und auch das Knappschaftswesen in dem Sinne reformiert und einheitlich geregelt werde, wie es im Herbst 1905 der preussische Vergarbeitsdenktag in Berlin beschlossen habe. Falls jedoch die Regierung abgeneigt sei, ein einheitliches Reichsberggesetz zu schaffen, so ersucht der Vergarbeitsdenktag die Regierung und den Reichstag, die Gewerbeordnung noch in dieser Session so zu ändern, daß zum Schutze der Vergarbeiter eine Anzahl näher bezeichneter Vorschriften über Schichtzeit, Ueber- und Nebenarbeiten, Rufen, Gedinge, Besen, Wohnungen, Grubenkontrollen, Arbeiterausschüsse und ihre Befugnisse, Reform des Knappschaftswesens, Schiedsgerichte für Streitsachen und Einrichtung von Brauebädern für alle Gruben usw. erlassen werden. Alsdann wurde eine Resolution angenommen, die den Parteien gegen deren Wortführern im Reichs- und Landtage, die für Aufklärung der Borussia-Affäre eingetreten sind, den Dank des Vergarbeitsdenktages ausspricht. Im weiteren Verlaufe referierte Effert (christliche Gewerkschaft) über die Lohnfrage. Die Kommission arbeitete zwei Resolutionen aus, deren erste die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung enthält unter Hinweis auf die verteuerte Lebenshaltung und auf den Aufschwung der Konjunktur und schließlich die Erfindung eines Minimallohnes und zur Erreichung desselben die Stärkung der Organisation empfiehlt. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die zweite Resolution beauftragt die Arbeiterausschüsse, in diesem Sinne bei den Betriebsverwaltungen vorzugehen zu werden und empfiehlt bei den Betrieben, wo keine Arbeiterausschüsse bestehen, die Wahl besonderer Kommissionen, die mit dieser Aufgabe zu betrauen seien. Diese Resolution wurde von den christlichen Gewerksvereinen, von dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe angenommen, während der alte Verband und der polnische Verein die Ausführung der Forderungen dieser Resolution für sich ablehnten. — Hierauf beantragte Sachse, die Siebenerkommission für ganz Preußen für zuständig zu erklären und zu vergrößern, während der Vorsitzende der Kommission Effert Zuwahl eines Mitgliedes beantragte. Ueber diese beiden Anträge wurde jedoch kein Einverständnis erzielt, somit bleibt der bisherige Zustand bestehen. Ferner wurde ein Antrag eingebracht, die bestehenden Organisationen zu veranlassen, der Vertretertag überließ es den Organisationen, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Bund der Landwirte hielt am Montag im Jirkus Busch seine Generalversammlung ab. Die Zahl der Teilnehmer ist auf 5000 Personen zu schätzen. Gegen 1 Uhr eröffnete der Vorsitzende Dr. Köffe-Gersdorf die Verhandlung mit einer Ansprache, in der er sagte: „Als Sie im vorigen Jahre so energisch die Frage verneinten, ob der Bund nun aufgelöst werden könnte, da haben Sie das Rechte

getroffen. Das hat die letzte Zeit deutlich erwiesen. Ich erinnere an den Fleischnottrummel, diesen alten Lodenhüter. (Geiterkeit.) Eine verlogene Presse hat statt die Wahrheit zu enthüllen, diese geflissentlich verhüllt. Auch Reichskanzler und Regierungen würden unter den heutigen Verhältnissen ohne unsere freie Organisation nicht im Stande gewesen sein, den Angriffen Widerstand zu leisten. Kanzler und Regierungen haben nicht nur der deutschen Landwirtschaft, sondern mehr noch dem Vaterlande die Nähr- und Wehrkraft erhalten. Behält Deutschland seinen Bauernstand, so wird die Sozialdemokratie zwischen Ostsee und Alpen nicht herrschen. Der Thron der Hohenzollern wird nicht wankend gemacht werden können, so lange der Bauer der Sozialdemokratie entgegengetreten kann. Die Ansprache schloß mit einem brausend ausgenommenen Hoch auf den Kaiser und die deutschen Bundesfürsten. Darauf nahm Freiherr von Wangenheim-Alleinpiegel das Wort, der ausführte, daß nirgends für die Arbeiterklasse so viel geschaffen worden sei wie in Deutschland. Trotzdem habe die Arbeiterklasse bisher nur mit Unmut gelohnt. Rußland sei ein warnendes Menetekel, daß wir nicht gleichen Zuständen entgegensteuern. Bei uns wie in Rußland habe das internationale Judentum die Führerschaft in der Revolution. (Bewegung, Weisfall.) Gossifig ist der Bund nicht. Unsere Stiefeln haben zu viele Sohlen, und unser Portüm ist nicht für die Schlösser geeignet, aber die deutschen Bauern werden millionenfach an den kommenden Festtagen zum deutschen Kaiserhaus blicken und alles Heil und Segen herabfließen auf unser geliebtes Kaiserhaus. Alle Geschenke hat sich das Kaiserhaus verbeten, aber ein Geschenk bringen wir ihm doch: Die Treue des deutschen Bauernherzogs. Reichsritter Semitsch überbrachte die Grüße der österreichischen Agrarier. Gemäß der Begründung des Vorstehenden, daß die Kriegskasse gefüllt werden müsse, nahm die Versammlung den Antrag an, die Beiträge um 50 Prozent zu erhöhen. Dann erstattete der Direktor des Bundes, Dr. Dieterich Höhn, den Geschäftsbericht über das Jahr 1905. Es folgten dann sachliche Referate. Der Versammlung lag eine Resolution vor, in der dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister für ihre Haltung in der vielbesprochenen Fleischnot gedankt und um weitere Förderung der Landwirtschaft gebeten wird. Am Schlusse der Resolution heißt es: Die schwersten sachlichen und grundsätzlichen Bedenken hegt die Generalversammlung gegen die Einführung einer Erbschaftsteuer. In der Ueberzeugung, daß die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Eltern, Kinder und Gatten der deutschen Auffassung von der Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Familie aufs schwerste widerspricht, erklärt sie sich unbedingt gegen eine solche etwa geplante Ausdehnung der Steuer. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Kammer der bayrischen Abgeordneten wurde am 12. d. M. der Antrag (Zentr.) beraten, die Regierung dringend zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Neuverteilung der Uebergangsabgaben für das in die norddeutsche Brauereigemeinschaft eingehende Bier die Bestimmungen des Artikels 33 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches eingehalten werde. Später begründete diesen Antrag. Der betreffende Absatz der Reichsverfassung bestimmt, daß alle Gegenstände, die im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, in jedem anderen Bundesstaat eingeführt werden können, und dort einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden dürfen, als dafelbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen. Das bayrische Bier werde aber beim Uebergang in die norddeutsche Brauereigemeinschaft einer besonderen Steuer von 2 Mark pro Hektoliter unterworfen, während nach der Verfassung nur 80 Pfennig zulässig wären. Bayern habe in den letzten 20 Jahren 23 Millionen zu viel bezahlt. Der Antrag schließt den Vorwurf in sich, daß der Bundesrat die Reichsverfassung nicht halte. Tiefen Vorwurf habe man bisher nicht widerlegen können. Mit der hohen Uebergangsabgabe habe Norddeutschland eine Mainlinie, eine Schutzmauer gegen Süddeutschland errichtet, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht fördere. Abgeordneter Weuhörfer (lib.) erklärt: Wir stimmen dem Antrage zu. In Norddeutschland ist das Bier mit 86 Pfennig belastet, von uns werden 2 Mark erhoben. Wir müssen auf Gerechtigkeit dringen. Abgeordneter Esel (Zentr.): Seit Jahrzehnten haben wir eine viel zu hohe Uebergangssteuer bezahlt. Der Bundesrat muß dafür sorgen, daß die Reichsverfassung beachtet wird. Die bayrische Regierung stimmt dem Antrag Sped zu. Die Abgeordneten Remminger (freie Vereinig.) und Voisk (Zentr.) befürworten gleichfalls den Antrag Sped, der dann einstimmig angenommen wird.

Der Bahneinigungsprozess wird in der Revisioninstanz vor dem Reichsmilitärgericht am 24. Februar zur erneuten Verhandlung gelangen.

Ueber die Zulassung weiterer Männerklöster in Baden verbreitet die „Athen-Redar-Corr.“ die folgende Mitteilung: „Zur Klosterfrage erfahren wir: Die badische Regierung ist geneigt, eine beschränkte Anzahl von Männerklöstern zuzulassen, falls die Freiburger Kurie die Zusage macht, ihre ganze Autorität dafür einzusetzen, daß die katholische Geistlichkeit, den Vorläufern des Kirchengesetzes entsprechend, sich des Mißbrauchs ihres kirchlichen Amtes zu parteipolitischen Zwecken enthält. Als Ort der Niederlassung könnten nur solche Gegenden in Betracht kommen, in denen die Organe der Selbstverwaltung von der Errichtung eines Männerklosters eine Störung des konfessionellen Friedens nicht befürchten. Daß die Kurie auf diese Bedingungen eingeht, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Ihre ablehnende oder dilatorische Haltung würde jedoch den Beweis erbringen, daß in der Klosterangelegenheit auch für die erzbischöfliche Kurie in erster Linie nicht religiöse, sondern politische Rücksichten ausschlaggebend sind. Die Verantwortung für die Nichterledigung der Klosterfrage müßte dann in den Augen eines jeden einflussreichen Katholiken der Kurie zufallen.“ Es ist diese Artz eine jener Verzögerungen, denen man auf den ersten Blick die Entstehung anseht. Im übrigen würde es der Erzbischof zweifelsohne ablehnen, die staatsbürgerlichen Rechte der Geistlichen beschneiden zu lassen.

Die Rabbiner gegen die Simultanschule. Während die judaliberale Presse für die Simultanschule und gegen

die Konfessionsschule, soweit es die christliche Bevölkerung betrifft, mit gemäßigtem Gespür eintritt, haben die Landrabbiner und Synagogengemeinden der Provinz Hannover eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus gerichtet, in welcher sie wünschen, die jüdischen Schulen in der bisherigen innigen Verbindung mit der Religion, also als Konfessionsschulen zu erhalten, weil nur diese Schulen die Erhaltung der religiösen Verhältnisse der Juden ermögliichen.

Für die Reichstagswahl in Kaiserlautern hat das Zentrum den Pfarrer Kempf in Gerbach aufgestellt. Die Wahl findet am 21. März statt. Das Zentrum, welches 1903 es auf 4240 Stimmen gebracht hat, gibt bei der zu erwartenden Stichwahl den Ausschlag. Die Liberalen haben bis jetzt noch keinen Kandidaten aufgestellt. Ob sie gemeinsam vorgehen, ist noch unentschieden.

Die Aussichten auf das Zustandekommen des Schulunterhaltungsgesetzes während der jetzigen Tagung des preussischen Landtages bezeichnet die „Deutsche Tagesztg.“ als recht trübe. Die Kommission sei erst bis zum 8. 16 gelangt. „Da in den nächsten Wochen kaum Plenarsitzungen ausfallen können, wird es der Kommission schwer möglich sein, die Arbeit so zu fördern, wie es geschehen müßte, wenn der Landtag die Angelegenheit erledigen sollte. Dazu kommt, daß die Kommission in vielen Punkten nur vorläufige Beschlüsse gefaßt hat und daß es viel Mühe und Zeit kosten wird, diese vorläufigen Beschlüsse zu erneuern zu machen. Wenn der Kommissionsbericht nicht Mitte März dem Abgeordnetenhaus vorliegt, dann ist sehr wenig Hoffnung vorhanden, daß der jetzige Landtag das Gesetz unter Dach und Fach bringen könnte.“ Man rechnet deshalb, wie dem Bündlerbote mitgeteilt wird, in parlamentarischen Kreisen schon damit, daß das Gesetz entweder in dieser Tagung unerledigt bleibt oder daß der Landtag wiederum über den Sommer vertagt wird, um die Erledigung wenigstens im Herbst zu ermöglichen. Eine Zeitlang hätten sich die Konservativen beinahe von dem Freiherrn von Hedlitz zu einer Durchweissung der Vorlage bestimmen lassen, jetzt aber gibt die „Deutsche Tagesztg.“ selbst zu, daß die einzelnen Bestimmungen einer sehr sorgfältigen Beratung bedürfen und daß einer Durchweissung selbst diejenigen nicht das Wort reden können, welche die möglichste Beschleunigung der Erledigung wünschen. Wir halten diese Ausführungen nicht für sichhaltig, gewiß handelt es sich um eine schwierige Materie, aber die meisten Fragen sind schon sehr oft durchgesprochen worden. Bleibt das Gesetz liegen, so kommt es überhaupt nicht zu Stande. Die liberale Presse begrüßt deshalb auch den Vorschlag der „Deutschen Tagesztg.“, den wir nur bedauern können.

Die Erklärung des Reichstagszentrums zum allgemeinen Wahlrecht ist in der Presse vielfach nicht verstanden worden; nur wenige Blätter haben die Tragweite derselben begriffen. Sie ist nämlich eine hochbedeutende Kundgebung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und dessen Einführung in den Bundesstaaten. Die „Kreuzztg.“ gehört zu den wenigen, die den Sinn derselben voll erfaßt haben. Sie ist deshalb auch sehr unzufrieden mit dieser Stellungnahme und meint: „Tatsächlich ist das Reich ein Erzeugnis der Einzelstaaten, es besteht nur durch eine Willensäußerung der Einzelstaaten, und diese haben ihm den Rahmen für seine Lebensäußerungen gesteckt. Tagegen bei einem Vorgehen, für das Graf Hompeich die Unterstützung des Reiches in Aussicht gestellt hat, würden die Einzelstaaten als Gebilde erscheinen, deren Dasein und Handlungsfähigkeit nur vom Reiche abhängt, also lediglich die Eigenschaft von Verwaltungsbezirken des Reiches haben und zu diesem dieselbe Stellung erhalten wie die Provinzen zum Gesamtstaate. Nun gibt zwar Artikel 48 der Reichsverfassung die formale Möglichkeit, von Rechts wegen die Zuständigkeit des Reiches so weit auszudehnen, daß für eine autonome Tätigkeit der Einzelstaaten kein Raum mehr bliebe und diese völlig medialisiert würden. Eine derartige Anwendung des Artikels 48 würde jedoch nicht nur dem Geiste der Reichsverfassung widersprechen, sondern auch sich als einen Bruch der Verträge darstellen, die seinerzeit zur Gründung des Reiches geführt haben. Wir müssen daher bei der Behauptung stehen bleiben, daß das gesetzgeberische Vorgehen, auf das der Abgeordnete Graf Hompeich hinwies, dem innersten Wesen des Reiches und seines Verhältnisses zu den Einzelstaaten schmerzhaft widersprechen würde.“ Ganz falsch! Das Zentrum steht auf dem Standpunkte und zwar schon seit Gründung des Reiches, daß das Reich seine Zuständigkeit seit Erweiterung kann, nur muß der Anstoß hierzu vom Bundesrat ausgehen, weil der Reichstag nur innerhalb des Reiches Vorschläge machen kann. Wenn aber ein Reichsgesetz bestimmt, daß in allen Einzelstaaten das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen sei, so werden damit diese nicht zu Provinzen des Reiches, sondern es wird nur die Konsequenz aus der allgemeinen Schulpflicht, Wehrpflicht und Steuerpflicht gezogen! Was für das Reich besteht, kann für die Einzelstaaten nicht länger verweigert werden.

„Protestantisches Christentum“ überschreibt die „Wartburg“ Nr. 6 folgende Auslassung: „Die christliche Welt“ (1887, S. 41) bringt folgende beherzigenswerte Erzählung: „In Ratibor fand im Jahre 1868 eine Generalkirchenvisitation statt, bei welcher, wie es bei solchen Visitationen zu geschehen pflegt, auch eine Unterredung mit den Hausvätern und Hausfrauen gehalten wurde. Der Generalsuperintendent D. Erdmann fragte in der Versammlung hinein: „Was halten Sie von einem Manne, der seine Nachkommenschaft der päpstlichen Kirche angelobt?“ Eine Dame, die Gemahlin eines hohen Offiziers, antwortete: „Der Mann verliert seine Ehre!“ — „Wollen Sie es noch einmal wiederholen?“ bat der Generalsuperintendent. Da stand die Frau auf und rief über das Volk mit lauter Stimme hin: „Ein ewangelischer Hausvater, welcher seine Kinder der katholischen Kirche verspricht, verliert seine Mannesehre!“ Man kann den Eindruck nicht beschreiben, den die so ausgesprochene Wahrheit machte.“ Ein Protestant, der seine Kinder katholisch werden läßt, verliert also seine Mannesehre. Das gilt der „Wartburg“ als „ausgesprochene Wahrheit“. Wenn aber die katholische Kirche solche ihrer Mitglieder, welche ihre Kinder protestantisch werden lassen, mit kirchlichen Strafen belegt, so zertert die „Wartburg“ über „römische Intoleranz“ und Mißachtung des Protestantismus. Die alte

Geschichte: Den Protestanten ist alles erlaubt, die Katholiken müssen allemal die Friedensstörer sein.

Die patentierten Volksvertreter. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in vergangener Woche eine Interpellation über das Grubenunglück auf Zeche Borussia eingebracht, die aber nicht einmal zur Besprechung gelangte infolge mangelnder Unterstützung eines bezüglichen Antrages seitens der interpellierenden Fraktion selbst. Die „Mündl. Post“ (Nr. 39), die besonders seit der Aussperrung der „edlen Sechse“ aus der Vordrucksredaktion durch die Berliner Parteidiktatur auf Herrn Bebel nicht gut mehr zu sprechen ist, liest der Fraktion darob folgendermaßen die Leuten: Unsere Fraktion wird die Lehre daraus ziehen, daß es in diesem reaktionären Reichstage stets gilt, alle Mann an Bord zu haben, um vor Ueberrumpelung sicher zu sein. Dieses Vorwissen ist um so unerfreulicher, als sich schon im Reichstage bei wichtigen Anlässen geklagt werden mußte. Wir erinnern nur an die Abstimmung zu den Handelsverträgen. Au sich bietet so viel des Interessanten, daß eine gute gerade für uns sicher so viel des Interessanten, daß eine gute Befehung der Fraktion den Parteigenossen im Lande als eigentlich selbstverständlich erscheinen muß. Und wenn gar bei einer so wichtigen Interpellation die Fraktion sich derart dezimiert zeigt, dann ist es eine zwar nicht angenehme, aber darum nicht weniger ernste Bilanz der Parteipresse, die Sämtlichen ernstlich an ihre Pflicht und die Fraktionsleitung an die nötige Umsicht zu mahnen. Red. d. „M. P.“ Bei dem Mangel an Diäten im Reichstage ist der Absentismus, wenn auch nicht direkt entschuldbar, so doch im allgemeinen erklärlich. Nicht trifft das für die Sozialdemokraten zu, die bekanntlich — allerdings trotz des Gleichzeitigen in „Klassen“-Abstufungen — aus der Parteifolge Diäten beziehen. Die Rüffelung der Fraktion durch das Mündener sozialdemokratische Organ ist daher wohl angebracht. Doch das sind mehr interne sozialdemokratische Angelegenheiten! Man sieht aber aus der Warnung der „Mündener Post“, wie wenig Grund die kleinen und großen sozialdemokratischen Agitatoren haben für die Behauptung, im Gegensatz zu den „bürgerlichen“ Abgeordneten seien es die sozialdemokratischen, die „allezeit für die Wahrung der proletarischen Interessen auf dem Posten seien“. Wo auch die patentierten, mit Diäten ausgestatteten sozialdemokratischen Volksvertreter „schwänzen“. Das wird sie aber niemals hindern, sich auch in Zukunft als die „einzigen wahren Volksvertreter“ aufzuspielen!

Die Liberalen unter sich. Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei liegen sich wieder einmal in den Haaren, die Rede des Abgeordneten Wugdan hat diese Verwirrung hervorgerufen. Derselbe wird nun in der freisinnigen, wadenstrümpferischen Presse, in Korrespondenzen, die von dem nationalsozialen Pastor Köhlsche herrühren, als Scharfmacher bester Sorte geschildert und es so hingestellt, als ob Wugdan Rede überhaupt nur eine Schimpferei gegen die Sozialdemokratie gewesen wäre. An tollsten hat es ein Nationalsozialer in einem Reichstagsbriefe getrieben, der im „Samburgischen Korrespondenten“ erschienen ist. Dem Abgeordneten Wugdan wird direkt unterstellt, daß er nur aus Streberei um sein Mandat zu retten, seine Taktik gegen die Sozialdemokratie verfolgte; er wird des Liebäugelns mit Krücker und v. Kardorff beschuldigt — obwohl der letztere in der nächsten Sitzung ausdrücklich gegen die sozialfreundlichen Vorschläge Wugdans polemisierte — und schließlich werden sogar nach sozialdemokratischem Muster antisemitische Mittel nicht verschmäht. Dieser Bericht stammt von Herrn Dr. Breitwieser, dem bekannten Wanderredner der Freisinnigen Vereinigung. „Dadurch, daß die letztere Partei solche Personen in ihren Reihen duldet, verhindert sie tatsächlich jede Annäherung der verschiedenen Gruppen, und es muß geradezu komisch wirken, wenn dann von Seiten dieser Partei die große liberale Partei als Hauptziel dargestellt wird.“ bemerkt dazu die „Freie deutsche Presse“ und zwar mit Recht.

Oesterreich-Ungarn. In der verfloffenen Woche ist das Abgeordnetenhaus arbeitslos gewesen. Das Pensionsversicherungsgesetz der Privatbeamten wurde in allen drei Lesungen erledigt, ebenso die Vorlage über die Errichtung von Rentengütern in Galizien d. i. von eritzengfähigen mittelgroßen Bauerngütern und endlich das Schiedgesetz. Auch die Ausschüsse haben fleißig gearbeitet. Der volkswirtschaftliche Ausschuss erledigte die Vorlage über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der Justizauschuss hat über das Ausstellantengesetz wichtige Beschlüsse gefaßt, der Wehrausschuss beendete die Beratung über das Rekrutengesetz, in dem der Landesverteidigungsminister J. J. Schönaich wichtige Erklärungen abgab, unter anderem die, daß die Krone unverrückbar am Ausgleich mit Ungarn vom Jahre 1867 festhalte. Vorläufig feiert der Ausschuss. Eingeweihte Kreise geben als eigentlichen Grund für die Ruhepause an, daß man um jeden Preis die Rengruvorlage, die als nächster Punkt auf der Tagesordnung steht, verschleppen, wo nicht gar überhaupt verhindern will.

Rom. Der Sultan verließ den Kardinalen Respekt und Satoll sowie dem päpstlichen Majordomus Visletti den Großkordon des Heiligschle-Ordens, der ihnen demnächst vom Patriarchen in Konstantinopel überreicht werden wird. Wie man in vatikanischen Kreisen berichtet, geht diese Ordensverleihung dem nahe bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen betr. Errichtung einer apostolischen Nuntiatur in Konstantinopel und Berufung eines türkischen Ministerresidenten beim heiligen Stuhle voraus.

England. In der ganzen Kolonie Natal ist, wie den Times aus Pietermaritzburg gemeldet wird, das Kriegsrecht proklamiert worden. Nach Ermordung des Unterinspektors Cooper von der Natal-Volizei liegen die Eingeborenen, die christliche Rassen von Vornelns-Stämmen sind, ihre Arns im Stiche und stehen nach dem bewaldeten Lande bei den Quellen des Umkomaas-Flusses. Die Leichen der Ermordeten wurden am Sonnabend in Pietermaritzburg beerdigt. Eine Abteilung Karabiniers mit einer Feldbatterie, zusammen 350 Mann, ging am Sonnabend nach der Stätte des Mordes ab. Die Miliz erhielt Befehl, sich für die

Mobilmachung bereit hat die Entsendung Selbourne das Ange

Als die Fin die Kathedrale von aufzunehmen, erklär zum Zeichen der Militärgeistlichen we mehr zu tragen.

Wenn wir d ciras nie recht getraut hatten. Frankreich Schärfe seine alten der Polizei, was den vierung dieser Zw internationaler Regel Drohung gegen Alge Worte, daß das nur Möglichkeit vor, daß wenigstens etwas zu nur für den nationa neuen „Stuhhandel“, Abbruch der Verhan Die Uebertragung d Frankreich ist vollk Wenn nun aber Herr lichen Entschluß Der Polizeimandat für E so kann dies nur in d auseinanderzurenprenge neueste Wendung in Es mag vielleicht ge geben, daß zur Wah Konferenz immerhin lehnung seiner unber man dabei die M Störenfried hinzufe muß nachdrücklich dar reich ist, das eine F weich, daß sie für De

Die Kath Christian IX. Ein „Korbist Ugeblad“, Gesühle der dänische indem er sagt: „Es wird es klar, wels in unserem alten dänische Katholiken gewesen, der allen kräften suchte. Dess achtung beweisen, al Jahre 1892 ihm ein leß. Unter der Re Freiheit, welche das aufserte, in vollem geniecht hierzulande Kleinlichkeit auf alle auf Püester als a Wäfred Christian IX die Site anzuerkenn halb für alle dieje tanen, deren Leben Wohlwollen empfand Leben, das von einer war. Und in dies jeden aus seinem Ba gilligkeit und Schlaf sogar mit einer gew nicht hoch genug sch mit seinem Beispiel ein ernster Geist fäh

Im Reichsrat der kriminelle V lich falscher Nachrich nen wie über Regieru Fabrikation solcher V als die Einrichtung d durch Tagesbefehl in die einen Aufschlag a Bomben, Schußwaffe ausführt, sowie Bew Gegenstände erwerb äußern, künftig die A ohne Unterbindung u Der Befehl ist gültig schließlich Oeffsa, Wes einschließlich Sewastor

In einer An Indukriellen-Gesellsch schaftsfreiar Diokl amerikanische Westku den Boylott amerik

Mit Haaf Hendrits, haben sich, darunter 40 Wänne Gesamtzahl der Rie 18 040 Köpfe, davon 1 und 2300 Gollentotte schba! schiffen sich a Kapitän Michael von Sie sind als Minen Der Transport der g befindlichen, am Arie Selbstkochenbrager nach führung dieser Solte aus politischen Grün Säden bestehenden Die Ernähung diese

Mobilmachung bereit zu halten. Die britische Regierung bot die Entsendung von Truppen an, doch lehnte Lord Selbourne das Angebot ab.

Frankreich.

Als die Finanzbeamten am 12. d. M. nachmittag die Kathedrale von Tours betreten, um das Inventar aufzunehmen, erklärte ihnen der Bischof Renou, daß er zum Zeichen der Trauer beschlossen habe, das ihm als Militärgeistlichen verliehene Kreuz der Ehrenlegion nicht mehr zu tragen.

Spanien.

Wenn wir den optimistischen Nachrichten aus Algerien nie recht getraut haben, so zeigt sich jetzt, wie recht wir hatten. Frankreich erhebt jetzt plötzlich mit unerwarteter Schärfe seine alten Forderungen auf alleinige Organisation der Polizei, was dem Protektorat gleichkommt. Die Motivierung dieser Forderung ist so töricht, wie möglich; die internationale Regelung würde, erklärt man in Paris, „eine Drohung gegen Algerien“ bedeuten. Es bedarf nicht vieler Worte, daß das nur Vorwände sind. Nun liegt gewiß die Möglichkeit vor, daß Frankreich sehr viel fordert, um wenigstens etwas zu bekommen. Dieses Prinzip gilt nicht nur für den nationalen, sondern auch für den internationalen „Kuhhandel“. Aber bezeichnend ist doch, daß vom Abbruch der Verhandlungen jetzt offen gesprochen wird. Die Uebertragung des Polizeimandats in Marokko an Frankreich ist vollkommen unannehmbar für Deutschland. Wenn nun aber Herr Reboil, obwohl er diesen unabänderlichen Entschluß Deutschlands kennt, dennoch offiziell das Polizeimandat für Frankreich auf der Konferenz fordert, so kann dies nur in der Absicht gesehen sein, die Konferenz auseinanderzuprennen, und nur diese Erklärung ist für die neueste Wendung in den Konferenzverhandlungen zulässig. Es mag vielleicht Frankreich dabei von dem Gedanken ausgehen, daß zur Wahrung seines Prestiges eine erfolgreiche Konferenz immerhin noch annehmbarer sei als eine Ablehnung seiner unerhöhten Forderungen, besonders wenn man dabei die Möglichkeit hätte, Deutschland als den Störenfried hinzustellen, und gerade aus diesem Grunde muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es Frankreich ist, das eine Forderung aufstellt, von der es genau weiß, daß sie für Deutschland ganz unannehmbar ist.

Dänemark.

Die Katholiken Dänemarks an der Bahre Christian IX. Ein Artikel im katholischen Wochenblatt „Nordiskt Ugeblad“, Kopenhagen, verdammt die getrennten Gesetze der dänischen Katholiken beim Tode Christian IX., indem er sagt: „Eist jetzt, da er sein Volk verlassen hat, wird es klar, welche guten und treuen Freunde wir Dänen in unserem alten König verloren haben. Auch für uns dänische Katholiken ist er ein edler und gerechter König gewesen, der allen wohl zu tun, nie aber jemanden zu kränken suchte. Deshalb wollte Leo XIII. ihm seine Hochachtung beweisen, als er beim goldenen Hochzeitstage im Jahre 1892 ihm ein eigenhändiges Schreiben überreichte. Unter der Regierung Christian IX. ist uns all die Freiheit, welche das Grundgesetz uns dänischen Katholiken zusicherte, in vollem Maße zuteil geworden. Unsere Kirche genießt hierzulande eine Freiheit, die ohne irgendwelche Kleinlichkeit auf alle und jeden ausgeübt wurde, sowohl auf Pfaffen als auf Jedemleute jeder Nationalität. Während Christian IX. es als seine königliche Pflicht ansah, das Gute anzuerkennen, was immer es sich fand und deshalb für alle diejenigen unter seinen katholischen Untertanen, deren Leben mit ihrem Glauben übereinstimmte, Wohlwollen empfand, führte er als Mensch selbst ein Leben, das von einem tiefen und ersten Glauben getragen war. Und in dieser Beziehung war er ein Vorbild für jeden aus seinem Volke; in einer Zeit wo religiöse Gleichgültigkeit und Schläffigkeit nicht nur sich ausbreitet, sondern sogar mit einer gewissen Arroganz auftritt, kann man es nicht hoch genug schätzen, daß der erste Mann im Lande mit seinem Vorbild vorausging und zeigte, welches Leben ein ernster Christ führen soll.“

Rußland.

Im Reichsrat ist ein Entwurf eingebracht worden, der die kriminelle Bestrafung für Verbreitung wissenschaftlicher Nachrichten über die Tätigkeit von Amtspersonen wie über Regierungseinrichtungen einführen soll. Die Fabrikation solcher Polizeizeichnungen wird wohl schneller gehen, als die Einrichtung der Duma. — General Kaulbars gibt durch Tagesbefehl in Odessa bekannt, daß über jede Person, die einen Anschlag gegen Behörden mittels Sprengstoff, Bomben, Schusswaffen oder anderer Mittel versucht oder ausführt, sowie Personen, die zu solchen Zwecken dienende Gegenstände erwerben, anfertigen, bewahren oder verkaufen, künftig die Todesstrafe auf administrativem Wege ohne Unterjudung und Gerichtsverfahren verhängt wird. Der Befehl ist gültig für die Gouvernements Cherson, einschließlich Odessa, Bessarabien, Jekaterinoslaw und Taurien einschließlich Sewastopol.

Japan.

In einer Ansprache in der amerikanischen Seiden-Industriellen-Gesellschaft erklärte der japanische Gesandtschaftssekretär Hioki die Behauptung, Japan begehre die amerikanischen Besitzungen im stillen Ozean oder unterliegenden Boylott amerikanischen Waren in China, sei absurd.

Aus den deutschen Kolonien

Mit Jaak Witboi, dem Sohn und Nachfolger Hendriks, haben sich, wie nunmehr festgestellt, 76 Leute, darunter 40 Männer mit 19 Gewehren, gestellt. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug am 5. Februar 13040 Köpfe, davon 10677 Herero, darunter 2720 Männer, und 2300 Hottentotten, darunter 730 Männer. In Walvisbadi schiffen sich am 29. Januar 198 Herero, darunter Kapitän Michael von Omaruru, mit 82 Männern ein. Sie sind als Minenarbeiter nach Kapstadt angeworben. Der Transport der zurzeit in Gibeon und Keetmanshoop befindlichen, am Krieg beteiligt gewesenen Witbois und Selbstschonbrager nach Windhof hat begonnen. Die Ueberführung dieser Hottentottenstämme nach dem Norden ist aus politischen Gründen, hauptsächlich aber wegen der im Süden bestehenden Verpflegungsschwierigkeiten, erforderlich. Die Ernährung dieser Leute kostet uns sehr viel Geld.

Ein Teil der Gefangenen wird beim Bergbau verwendet. In den Gefangenenlagern soll aber auch nach zuverlässigen Mitteilungen glaubwürdiger Leute großer Unfug getrieben werden, namentlich in ständiger Begleitung. Nach Mitteilungen glaubwürdiger Leute findet hier ein förmlicher Handel mit schwarzen Mädchen und Frauen statt. Der Reichstag wird hierüber strengste Aufklärung fordern und auch fragen, wozu noch 15000 Soldaten in Südwestafrika belassen werden, da doch im ganzen Norden Zielden bestehen soll? In dieser Woche bereits wird die Sache in der Budgetkommission zur Sprache gebracht werden.

Gouverneur Graf Wöben telegraphiert aus Dar-es-Salaam: Die allgemeine Lage bessert sich beständig. Die Marine-Infanterie außer dem Detachement Mpuupa und Ruwaja reiste am 9. Februar heim. Die Ruhe in den Bezirken Süd-Rogoro, Mlwa, Mahero, Lindi, Tongoa und Zingira wird bis zur vollständigen Unterwerfung durch feste Posten aufrecht erhalten. In Nord-Ruhango zwischen Ruaha und Mlwa befindet sich noch ein großer Aufstandsherd, der bisher wegen ungewöhnlichem Hochwasser noch unberührt blieb. Die Kolonnen Freiherr v. Wingenheim, Grawert, Rymann und Hirsch gehen dorthin vor.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 13. Februar 1906.

Erste Kammer. Der Etat für die Akademie der bildenden Künste zu Dresden, für den viergleisigen Ausbau der Strecke Niederseiditz-Dresden-Strehlen (Leibnizstraße), Errichtung der Haltestellen Strehlen und Reich, und Arealerwerb für ein Industriegleis zwischen Niederseiditz und Reich, sowie Beseitigung der Rivaubergänge innerhalb der Strecke Pirna-Dresden und viergleisigen Ausbau der Strecke Pirna-Niederseiditz (vierte Rate) betreffend ferner für die Erweiterung der Privatbahn Jittau-Ostbischofsdorf und Erweiterung einiger Verkehrsstellen an dieser Bahn wurden in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer bewilligt.

Zweite Kammer. In der heutigen Sitzung wurden die Kosten von 300000 Mk. für die Bahnhofsverbreiterung in Tharandt (zweite Rate) debattelos bewilligt. Der Bericht der Finanzdeputation A über den ordentlichen Etat, Draumohlenwerk zu Leipzig betreffend: Einnahmen mit 57010 Mk. und Ausgaben mit 42200 Mk. wurde nach kurzer Debatte bewilligt. — Abg. Poppich berichtet über Vorgehensmanuskript. Die Etatüberschreitungen belaufen sich auf zusammen 10650 Mk. 45 Pf., diese werden einstimmig genehmigt. — Abg. Wör berichtet über den Rechenschaftsbericht des Steinfolienwerkes Haudebode betr. Die Etatüberschreitungen von 57331 Mk. 76 Pf. werden einstimmig genehmigt. — Abg. Poppich berichtet über den Rechenschaftsbericht Esterbau betreffend. Etatüberschreitungen von 6785 Mk. 55 Pf. werden einstimmig genehmigt. — Abg. Hübner berichtet über Landtagskosten (Etatüberschreitungen 10545 Mk. 5 Pf.), Kap. 35, Hauptstaatsarchiv (Etatüberschreitungen 1769 Mk. 25 Pf.), Kap. 36, Oberrechnungskammer (Etatüberschreitungen 441 Mk. 73 Pf.) und Kap. 37, Gesetz- und Verordnungsblatt (Etatüberschreitungen 4608 Mk. 12 Pf.). — Abg. Schulze spricht den Wunsch aus, daß man gerade bei den Ausgaben für den Landtag, besonders für die Drucksachen derselben, nicht unnötigerweise sparen soll und im nächsten Etat eine größere Summe eingestellt werde. Auch die Bureauverhältnisse seien unzulänglich, es sei deshalb notwendig, für die Verbesserung dieser Verhältnisse zu sorgen. Nachdem noch Abg. Günther die hohe Ueberschreitung bei Kap. 3 gerügt, werden sämtliche Ueberschreitungen einstimmig genehmigt. — Bei Kap. 94, Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen (Berichterstatter Abgeordneter Dr. W r k a n e r) sind an Etatüberschreitungen zusammen 6159 Mk. 27 Pf. zu verzeichnen, deren Genehmigung einstimmig erfolgt, womit die Tagesordnung erschöpft ist. Nächste Sitzung Donnerstag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Mehrere Etatkapitel, Departement des Inneren betreffend.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 13. Februar 1906.

Tageskalender für den 14. Februar. 1906. † Mor v. Erdmannsdörfer zu München, Hofkapellmeister und Komponist. — 1906. † Dr. W. Quertl in Graz, Professor der Archäologie. — 1804. Kampf mit den Pereros zwischen Seils und Winthof. — 1880. Verlobung des deutschen Kaiserpaars zu Weiba. — 1823. * Heinrich Müldert zu Koburg, Dichter und Gern. Sohn des Dichters Fr. Müldert. — 1814. Schlacht bei Glogau. — 1770. James Cook, der Weltumsegler, erkrankte auf Hawaii. — 1514. Niederlage der Dänemarken bei Hartwarden. — 1130. † Papst Honorius II. — 1009. Der heilige Bruno v. Querfurt, der Apostel der Preußen erschlagen.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 14. Februar: Witterung: heiter und trocken. Temperatur: unternormal. Windrichtung: Nordost. Luftdruck: tief.

Se. Majestät der Königin begab sich heute früh in Begleitung einiger Herren nach Klingenthal zur Hochwildjagd auf Haundorfer Revier, wo Se. Majestät heute nachmittag nach hier zurückkehrte und wird.

Heute abend wird Se. M. der Königin eine Festlichkeit der alten Herren des 1. (Leib-) Grenadier-Regiments Nr. 100 im Offizierskasino befehlen.

Ihre Majestät die Königin-Witwe begab sich heute vormittag nach Leipzig. Die Rückkehr erfolgt heute abend 6 Uhr 1 Minute.

Die Mitglieder der Ersten Ständekammer veranstalteten am Montag, abends 6 Uhr, zu Ehren ihres Präsidenten, Herrn Oberstmarshalls Grafen Vithum v. Eckstädt, ein Festmahl. Der Herr Präsident hatte zwischen Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Johann Georg und dem Grafen zu Solms-Bildensels Platz genommen. Den ersten Trinkspruch brachte der Vizepräsident der Kammer, Herr Oberbürgermeister Deutler auf den Herrn Präsidenten Grafen Vithum aus, worauf dieser mit einem Hoch auf die Kammer dankte.

Zu besetzen: Nächste Ostern die 6. ständige Lehrerstelle an der kath. Bürgerschule zu Plauen i. V. Kolator: Das Apostolische Vikariat. Anfangsgehalt 1800 Mk. einfl. 450 Mk. Wohnungsgeld; durch Alterszulagen steigt

das Einkommen in 3- und 2-jährigen Raten nach 20 Dienstjahren auf 3750 Mk. Besuche mit den erforderlichen Zeugnissen (auch Gesundheitszeugnis) sind bereits bis 16. Februar beim Kolator einzureichen.

Leipzig, 12. Februar. In der heutigen Sitzung der Strafkammer beim Landgericht Leipzig wurde nach mehrstündiger Verhandlung der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Feinig, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch mehrere Artikel in der Leipziger Volkszeitung, und wegen Verleumdung der Zweiten Ständekammer zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Mit Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe beschloß das Gericht, den Angeklagten sofort in Haft zu nehmen. Er soll aber vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt werden, wenn er eine Sicherheit von 15000 Mk. stellt. Die Leipziger Volkszeitung nennt das ergangene Urteil natürlich ein „Bluturteil“.

Schwarzenberg den 11. Februar 1906. Eine Gemeinde braucht Geld, das ist wahr. Daher begreifen wir es auch, wenn so mancher säumige Schuldner durch den Gerichtsvollzieher an die Zahlung der Gemeindeforderungen gemahnt wird. Aber hier hat die Gemeinde ebenfalls eine soziale Aufgabe zu erfüllen. Es gibt viele Arbeiter, die seit Wochen ohne Arbeit sind. Wenn nun diese ebenso behandelt werden, wie die anderen Steuerträger, indem man ihnen mit der Zwangsvollstreckung droht, so widerspricht das dem sozialen Verständnis. Was für einen Nutzen hat die Gemeinde davon? Sie wird in den meisten Fällen nichts finden, aus dessen Erlös sie sich bezahlt machen kann. Und wenn sie wirklich die paar Mark dafür heraus schlägt, so hat sie aber einen unendlich größeren Schaden angerichtet, als die Sache wert ist. Dem Steuerzahler zunächst ist ein doppelt großer materieller Schaden erwachsen, denn die verkauften Sachen hatten vielleicht zehnmal so viel gekostet. Aber noch größer ist der ideale Schaden und die Erbitterung und der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, welche selbst den nicht schon, die Gern zahlen möchte, wenn er Arbeit hätte, aus dem man aber den letzten Pfennig rücksichtslos herauspreßt. Es ist daher Sache einer vernünftigen Gemeindeverwaltung, zu individualisieren und den sozialen Ansprüchen der Arbeiterbevölkerung, besonders in der Wilde der Steuererhebung, gerecht zu werden. Bei uns werden darin bedauerliche Fehler gemacht und damit nichts weiter erreicht, als daß die Zahl der Unzufriedenen die Scharen der Sozialdemokratie vergrößert, wenn sie auch sonst ebenso konsequent gefolgt sind wie z. B. Herr Stadtrat Gareis. Caveant consules! (Weiteres „Aus Stadt und Land“ in der Beilage.)

Bereinsnachrichten.

§ Dresden. Im katholischen Bürgerverein wird heute, Mittwoch, Herr Hofprediger Kummer einen Vortrag über das Thema: „Lebensbild des Freiherrn von und zu Franckenstein“ halten. Die Versammlung findet im Vereinslokal „Bürgerkasino“, Große Brüdergasse, statt.

§ Meissen. Der Volksverein für das kathol. Deutschland hält morgen, Donnerstag, abends 9 Uhr, im Gefellenhause eine Vertrauensmännerkunft ab. Die Herren Vertrauensmänner werden gebeten sämtlich zu erscheinen. Heft 1 und die Mitgliedskarten kommen zur Ausgabe.

§ Bautzen. Am Sonntag, den 18. Febr., abends 8 Uhr, veranstaltet der katholische Gefellenverein im großen Saale des Gefellenhauses sein diesjähriges Faschnachtsvergügen. Zur Aufführung gelangen ein Studentenstück: „Der Bräutigam ohne Braut“ von Albert Ritter, „Der geplagte Hauswirt“ (Lustspiel in 2 Akten) und die humoristische Szene mit Gesang, „Die teure Ohrlampe“ oder „Der gebrellte Birt“. Hierauf folgt ein solenner Ball. Alle Freunde und Gönner des Gefellenvereins sind hierzu freundschaftlich eingeladen. — d.

Neues vom Tage.

Strasbourg (Els.) Beim 126. Regiment im Elsas sind mehrere Fälle von Genidstarr zu verzeichnen.

Frankfurt a. M. Der gestrige Personenzug, der nachts von Altenbeken über Warburg nach Frankfurt a. M. fährt, ist unweit Corbach im Schnee stecken geblieben.

Mainz. Der Hauptlehrer Reiffer in Ottersheim bei Hermersheim wurde am Sonnabend wegen jahrelang verübter Sittlichkeitsverbrechen an Schülern und Schülerinnen verhaftet. Bisher sind 162 Fälle festgestellt.

Wien. Wie aus Pola gemeldet wird, droht der dortige Municipalpalast, welcher im Jahre 1296 erbaut wurde und einer der ältesten Bauten Polas ist, einzustürzen. Der Palast mußte geräumt werden.

Telegramme.

Kopenhagen, 12. Februar. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist heute abend hier eingetroffen.

Madrid, 12. Februar. Die „Correspondencia de Espana“ meldet: Die Regierung gab, sobald sie erfahren hatte, daß ein marokkanischer Dampfer die Faktorei Wardica beschossen habe, Befehl, den Kreuzer „Estremadura“ nach Melilla zu entsenden.

Odesa, 12. Februar. (Meldung der „Petersb. Telegr.-Agentur“.) Ein Duzend bewaffneter junger Leute, die der anarchistischen Gruppe „Schwarzer Rabe“ angehörten, drang in eine Wollfabrik ein, raubte die Stoffe mit 800 Rubel und verschwand damit, ohne daß es gelungen wäre, jemand von ihnen zu ergreifen.

Peking, 12. Februar. (Reuter-Meldung.) Die Regierung hat den Vizekönig von Futschan Weifung zugehen lassen, den Führer des Hauses, der die Mission in Chang-pufen geblühdert hat, sofort hinrichten zu lassen und alle anderen Personen, die damit in Verbindung stehen, aufs strengste zu bestrafen.

Theater und Musik.

Der Kaiser hat dem Komponisten der Oper: „Der lange Reel“, Professor Viktor v. Wolfowitsch, die an seinem Geburtstag den Noten Adlerorden IV. Klasse verliehen. Herr v. W. ist in seinem eigentlichen Berufe Mitglied des Königl. Statistischen Amtes in Berlin.

I. Sozialdemokratische Schmähungen über Leo XIII.

Einem Genossen, der in letzter Zeit wegen fortgesetzter Verleumdungen in recht unliebsame Verührungen mit den Gerichten kam, der außerdem im Kampf mit den von ihm so verachteten und doch so gefürchteten Kaplanen recht blamable Schlappen erlitten, wird man es zu gute halten, wenn er, um seinem geprehten Herzen Luft zu machen, sich mal kräftig ausschimpft wenigstens auf dem Papier.

Mehring der Kleine, — denn ganz hat er sein großes Vorbild im Schimpfen, Mehring von Leipzig, dessen Lieblingsblume das Löwenmaul ist, noch nicht erreicht — also Mehring der Kleine von Düsseldorf, mit Namen Genosse Dr. Kaufenberg hat zu besagtem Zwecke eine Broschüre über Leo XIII. und dessen Enzyklika über die Arbeiterfrage zusammengeschimpft.

Ein paar Textproben mögen dieses unser Urteil rechtfertigen. Man höre: Leo XIII., der „Geschichtsklitterer“, ein „wütender Sozialistenhater“ (S. 4), „scheut sich nicht, dem Sozialismus verbrecherische Motive zu unterchieben und ihm Bestrebungen anzudichten, die er stets weit von sich gewiesen“ (S. 5). — Das „fordert die Frage heraus, ob er überhaupt zu einem Urteil über geschichtliche Vorgänge befugt ist“ (S. 5). „Derartige Auslassungen kann nur grenzenlose Naivität verzeihen“ (S. 7). „Alle Deklamationen Leos XIII. über die „religiösen Neuerer“ sind ein Beweis seiner gänzlichen Unfähigkeit, in die letzten ökonomischen Ursachen der Humanisten- und Reformationsbewegung einzudringen“ (S. 7). „Es übersteigt allen Spasch, wenn Kolombus aus purer Frömmigkeit . . . die neue Welt entdeckt“ (S. 8). „Vor diesen himmlischen Gesichtern streicht unser feyerlich prüfender Verstand die Segel“ (S. 8). „Das bornierte Urteil, das er über den Sozialismus fällt“ (S. 8). „Leo betreibt das Fälscherhandwerk“ (S. 12). „Wie für alle historischen Vorgänge, so hat Leo XIII. auch dafür kein Verständnis“ (S. 19). „Er laudet wie Spar-Agnès sel. in der bürgerlichen Vulgärökonomie“ (S. 20). „Der Gottesgelahrte“ (S. 21). „Wo es sich um ungewisselbarte Rechte, um das Lebensinteresse der arbeitenden Klasse handelt, preist der Arbeiterpapst in erster Linie den Vettel“ (S. 27). „Paphetische, christlich-fromme Verschönerungen, die für die Arbeiter absolut wertlos sind“ (S. 32). „Hohlerpriesterliches Pathos“ (S. 33), und schließlich das Schlupfbild! Ja, das anzuführen verbietet uns die Rücksicht auf die elementarsten Forderungen des Anstandes; wir müßten unsere Leser in jene Kloaken hinunterführen, wo man mit dem Taschentuche die Nase zupflicht. Solche Bilder heßt nur der aus, der in Wladisbergphantasten sich wälzt, wie gewisse Portentiere in ihrem Element. Das ist die Abwärts-Entwicklung des Renegatenhasses. Spiegelberg, ich kenne dich! Wir gratulieren der Sozialdemokratie zu diesem „feinen Gesellen“.

Dieser Schimpfbeflossene, nach dessen Vorstellung die Menschheit aus lauter Dummköpfen besteht mit Ausnahme seiner höchst eigenen Persönlichkeit, hat bei seiner Lektüre der päpstlichen Enzyklika ganz vergessen, daß, wenn ein Kopf

und ein Schriftstück zusammenstoßen und es da einen hohlen Klang gibt, gar nicht immer das Schriftstück schuld daran sein muß. Wo vollends ein solcher Lobsuchtsanfall das Resultat der Lektüre ist, tritt deutlich zutage, wie bitter schwer man seinen Inhalt empfindet, so schwer, daß man, um dem zu begegnen, selbst vor Fälschungen und zwar insamen Fälschungen nicht zurückschreckt. Denn die ganze Broschüre ist eine ununterbrochene Reihe von Fälschungen. Sage mir, worüber du schimpfst, und ich will dir sagen, was du fürchtest!

Aus Stadt und Land.

„Freigesprochen“ betitelt sich der hochinteressante und spannende Familienroman von Ludwig Fugler, mit dem wir in der nächsten Nummer beginnen und worauf wir unsere verehrten Leser ganz besonders aufmerksam machen.

Schandau. Ein Hochstapler, in den 20 er Jahren, rötliches Gesicht, Anflug von dunklem Schnurrbart, elegant gekleidet, ist hier und in Königstein aufgetreten unter verschiedenen Namen. Auch in Pirna hat er sich als Leutnant Eger v. Segebarth aus Dresden sehen lassen. Besonders scheint er es auf das Pöhlen der Oberkellner abgesehen zu haben.

Chemnitz. Ein 19 jähriger Schüler hat sich am Sonnabend früh in seiner Wohnung vergiftet.

Marienberg. In einer Mojaikplattenfabrik fiel ein Arbeiter aus dem ersten Stockwerke in einen offenstehenden Schacht. Infolge schwerer innerer Verletzungen ist er wenige Stunden darauf gestorben.

Marienberg. Am Donnerstag früh verunglückte ein Waldarbeiter. Er war mit dem Ausästen einer Fichte beschäftigt, während seine Kameraden niederschritten. Eine Fichte aber, die anders fallen sollte, traf den Mann so unglücklich, daß er an den schweren Verletzungen nach einer halben Stunde den Geist aufgab. Um ihren Ernährer weinen neun Kinder.

Reichsan i. B. In das Unterkunftsbaus am Kuhberge wurde eingebrochen. Die Diebe hatten ein Loch in die Mauer gebrochen. Es fielen ihnen Zigarren, Wein usw., jedoch kein Geld in die Hände.

Blauen i. B. Auch in diesem Jahre findet bei der Freibergerischen Garten- und Baugärtnerei in Wütha ein Kursus zur Ausbildung von Baumwärttern in drei Abschnitten statt. Ein Wiederholungskursus wird sich im nächsten Jahre anschließen. Die Abschnitte des diesjährigen Kursus fallen in die Zeit vom 19. März bis 5. Mai (ausgenommen die Zeit vom 12. bis 17. April), vom 2. bis 7. Juli und vom 1. bis 20. Oktober d. J. Das Lehrhonorar beträgt 30 Mk.; es können jedoch geeigneten jungen Männern durch Vermittlung des Bezirkssozialbauvereins Beihilfen zu den Unterhaltungskosten in der Regel in der Höhe von 75 Mk. gewährt werden. Die betreffenden Gesuche sind baldigst und spätestens bis 1. März l. J. bei dem Vorsitzenden des Bezirkssozialbauvereins Blauen-Delesnitz, Herrn Amtshauptmann Dr. Junk in Blauen, einzureichen.

Zittau, 10. Februar. In diesem Winter hat der Hörnerschlittenport im nahen Gaiu einen so riesigen Umfang an-

genommen, daß die Amtshauptmannschaft Zittau eine behördliche Regelung dieses Fahrwezens eintritten lassen wird, um mögliche Unfälle zu verhüten. Wie man hört, soll die Absicht bestehen, die Hörnerschlittensfahrten nur unter Führung geübter Fahrer zuzulassen, die der behördlichen Aufsicht unterliegen.

Zittau. Die mutmaßliche Bevölkerungsziffer unserer Stadt betrug nach den Feststellungen des Einwohner-Meldeamtes am 31. Januar d. J. 34 822 gegenüber 34 716 Einwohnern im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Cybin, 10. Februar. Unsere Berge und Wälder liegen in so entzückender Winterpracht, daß es angebracht ist, darauf aufmerksam zu machen. Ramentlich ist der Blick vom Bergrestaurant Cybin in den Gausgrund und seine Umgebung von seltener Schönheit. Partien nach dem Töpfer, der Felsenplatte, Fürstenhöhe, dem Hochwald usw. sind besonders zu empfehlen. Auch die Hörnerschlittenbahn ist fortgesetzt vorzüglich.

Oberderwitz. Von einem Radfahrer, der ohne Licht fuhr, wurde am Donnerstagabend eine Frau überfahren. Sie schlug so heftig mit dem Kopfe auf, daß sie aus Nase und Mund blutete. Sie hat innere Verletzungen erlitten. Der Radfahrer führte die Verunglückte in die Schmiede, entfernte sich dann, um angeblich den in der Nähe wohnenden Arzt zu holen, verschwand aber unerkannt.

Vermischtes.

• **Neue Geschichtsforschung.** Zur Hochzeit des Königs von Spanien schreibt der „Tag“ wörtlich: „Die Eheschließung folgt auf das strengste dem von Karl V. festgesetzten Zeremoniell. Ein prachtvoller Sonderzug führt die Braut, ihre Mutter, das zahlreiche Ehrengeloge durch Frankreich nach Spanien“ usw. Daß zu den Zeiten Karls V. schon „prachtvolle Sonderzüge“ die iberische Halbinsel durchquerten, wird vielen Lesern neu sein. Aber die moderne Geschichtsforschung fügt ja immer neue Züge in das Bild jener Zeit. Vielleicht hat Karl V. nur deshalb im Kloster St. Just sich mit Uhrmacherei beschäftigt, um den Verputzungen im Eisenbahnbau entgegenzuwirken.

• **Im Simplontunnel überfahren.** Ein italienischer Erdarbeiter hatte sich eines Abends trotz der zahlreichen Palmwälder in den Tunnel eingeschlichen, um sich darin in der Nacht nach Iselle zu begeben. Wahrscheinlich aber hatte er die darin herrschende intensive Hitze nicht ertragen können. An einer etwas holperigen Stelle war er dann ohnmächtig auf den Schienen zusammengebrochen. Als er wieder zu sich kam, hatte ihm eine von Iselle kommende Maschine den rechten Arm abgefahren. Halb verblutet hat man ihn ins Spital nach Trien geschafft.

• **„Gelbbuch“, „Weißbuch“!** Man hört so viel von „Gelbbüchern“, „Blaubüchern“ usw., ohne daß ein Großteil eigentlich genau zu sagen weiß, woher der Name kommt. Der Name „Gelbbuch“, „Weißbuch“ usw. stammt von der Farbe des Umschlages her, in welchen diplomatische Aktenstücke gebunden werden. Dabei pflegen die verschiedenen Regierungen immer die gleichen Farben zu gebrauchen. So veröffentlicht Deutschland und der heilige Stuhl

Hier ruht in Gott

Otto Ludwig Bertrand-Seefeld.

„Bei dem Herrn ist Barmherzigkeit und überreiche Erlösung.“
(Psalm 129,6.)

Die Kinder legen ihre Blumen auf das Grab. In stillem Gebete steht die Familie mit ihren Freunden um den Hügel. Ein lindes Lüftchen küßt die entblöhten Stirnen wie ein Freundesgruß aus einer höheren Welt; leise und vereinzelt klingen süße Vogelstimmen, als sängen sie von Sehnsucht nach dem seligen Frühling, der nimmer vergeht. Jetzt ist mit seinen Freunden nicht allein zum Grabe gekommen. Ringsum stehen in ehrfurchtsvollem Schweigen die Kolonisten, eine stattliche Zahl gebräunter Männer, die in harter Arbeit auf eigener Scholle um des Lebens Bedürfnisse sich mühen. Frauen mit blonden und braunen Kindern an der Hand. Dem, der im Schatten der Zypressen ruht, verdanken sie alle ihr Heim, ihre Habe, viele unter ihnen auch die Umkehr zu einem besseren, neuen Leben. Er, ihr Vater, ist von ihnen gegangen, sein Geist ist unter ihnen geblieben, verkörpert in jenem Sohne, der jetzt mit seinem Weibe und seinen Kindern an ihnen vorüberstreitet.

„Gott segne und erhalte ihn!“ so tönen die Segenswünsche aus manchem Munde, widerhallen in aller Herzen, umschweben Felsig und begleiten ihn hinaus auf den sonnenbestrahlten Weg.



nicht beschreiben. In fieberhafter Sehnsucht zog es mich nach der Stadt; einsam und elend kehrte ich zurück. In den Jahren meines Aufenthaltes in Deutschland wurde ich ruhiger, dennoch machte ich mehr als einmal die Reise vergebens, weil ich die Zeit deiner Rückkehr nicht kannte und dich eher zurück erwartete. Endlich sah ich dich wieder. An einer Straßenecke stehend wartete ich auf dein Vorüberkommen, und du kamst, zum stattlichen, kraftvollen Manne herangewachsen. Nun konnte ich die Entscheidung dir anheimgeben, für mich oder gegen mich. Kein anderer sollte mir mehr im Wege stehen. Mit übermächtiger Gewalt zog mich mein Herz zu dir — und dennoch widerstand ich. Es gab nur ein Entweder — Oder. Entweder du entscheidest gegen mich; das wäre mir bitterer als der Tod — oder du entscheidest für mich, gabst deine Hoffnungen, deine Ansprüche auf — ich ahnte damals schon, daß du Irma im Herzen trugst — nein, dieses Opfer konnte ich nicht von dir verlangen. Mein Vaterrecht auf dich hatte ich verwirkt, du gehörtest denen, die an meine Stelle getreten waren, meine Pflichten übernommen hatten. — In meinem Herzen nahm ich Abschied von dir auf immer — da kamst du unerwartet hier heraus. Als ich dich in La Paz bei Haller sah, als ich hörte, daß du monatelang in Nueva Germania bleiben würdest, jubelte ich innerlich. Ich danke Gott, der mir mehr gegeben, als ich zu bitten gewagt. Jede Arbeit trat zurück. Ich wollte dich sehen, um dich sein, mich deiner Nähe freuen. Ach, es war eine schmerzliche Freude, ein harter Kampf.

„In den vielen Jahren bin ich meines Wissens keinem der früheren Bekannten begegnet. Einer nur hat mein Geheimnis erkannt, Kolf, der Geschäftsmeister. Er war zu jener Zeit, da ich den Jockeyklub in Buenos Aires viel besuchte, daselbst angestellt. Bei einem Rennen verunglückte er und lag lange krank. Ich nahm mich seiner an, sorgte für seine Verbringung nach dem deutschen Hospital und unterstützte ihn in jeder Weise. Diesem Umstande verdanke ich es, daß er mich hier wiedererkannte. Es scheint, daß er lange an meiner Identität zweifelte. Erst in letzter Zeit hat er sich mir genähert und mir wiederholt mit Entbüllungen gedroht. Es waren Erpressungsversuche. Ich wies ihn ab mit dem Bedeuten, daß er weder bei dir noch bei Don Ernesto Dank ernten werde. Seitdem bekannt geworden, daß ich das Gut gekauft habe, ist er in Sorge um seine Stellung. Ich bitte dich, ihm nichts nachzutragen.“

In langen Zwischenräumen machte der Kranke diese Mitteilungen. Von John Bertrand — Forster — sprach er oft und mit großem Leide. Er hatte sich stets mit der Hoffnung getragen, ihn noch zur Umkehr zu bewegen. Nun hatte der Verstockte den Weg ins dunkle Land entgegen dem göttlichen Befehle aus eigenem Willen angetreten. „Möge er einen gnädigen Richter gefunden haben!“ flüsterter die bleichen Lippen. „Das eine, das größte Unrecht, das er mir angetan, indem er mich in dem Glauben ließ, ich sei Meinrads Mörder, habe ich ihm verziehen. — In meinem Herzen und vor meinem Gott war ich schuldig, da ich die Waffe gegen den Wehrlosen erhob. — Doch danke ich heute und in jeder Stunde meinem Gott, der es so gelenkt, daß ich nicht den Tod des Mitbruders verursacht habe. — Was durch Johns Falschheit über mich gekommen, will ich gern verschmerzen, nur um eines tut es mir leid — um deine Mutter, um das, was sie durch mich gelitten. — Nie hätte ich sie und ihr Kind verlassen ohne den schrecklichen Irrtum jener Stunde. — Nun hat auch dieser Schmerz seinen Stachel verloren. Noch wenige Stunden und ich werde mit ihr vereint sein im Lande des Lichtes und des Friedens.“

